

Volks-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Jahrgang 217

für Anhalt und Thüringen.

Nr. 204

Verlagspreis: monatlich 3.40 (Postamt) — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Druckereien und unter Kreuzbegriffen entgegen. — Höherer Preis mit Einzahlung des Postumschlags. —
Verlagsgesellschaft Halle-Saale, Leipziger Straße 61/63, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6809 und 6810. — Druckerei: Leipziger Straße 90/91.

Halle-Saale

Sonnabend, 30. August 1924

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite ist 44 mm. Die Spaltenhöhe ist 10 mm. Kleine Anzeigen 6 Pfennig, Familien-Anzeigen 4 Pfennig, Stellen-Anzeigen 3 Pfennig, die 8 Spalten 20 mm breite Geschäfts-Anzeigen 80 Pfennig, Rabatt nach Carl. Verlags-Anstalt Halle-Saale.

Verlagsgesellschaft Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf: Am Kurfürst 8290, Große Berliner Str. 111/112a. — Druck: von Otto Uehle, Halle-Saale

Auf der Linie eines Ausgleichs

Die Einigungsformel gefunden

Vor der Entscheidung

Berlin, 29. August.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Reichstag steht

die Entscheidung unmittelbar bevor.

Die Verhandlungen, die am gestrigen Spätnachmittag um 10 Uhr im Laufe der Nacht und seit dem frühesten Morgen zwischen den Parteien geführt worden sind, haben zwar noch nicht zum Abschluß geführt, doch ist es gelungen, die Linie eines Ausgleichs deutlich abzuzeichnen. Man hat bei den Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten den Eindruck, daß eine Einigung für die Annahme der Londoner Gesetze durch die Deutschnationalen schon seit mehreren Stunden gegeben ist. Auch die im Reichstag vom Reichsanwalt Marx abgegebene Erklärung deutet darauf hin, daß hinsichtlich der Einzelheiten der Einigung keine mehr Schwierigkeiten bestehen, dagegen hinsichtlich der Verhandlungen über eine

Umstülpung der gegenwärtigen Reichsregierung

noch der Annahme der Gesetze noch nicht zu Ende geführt werden. In parlamentarischen Kreisen verläuft, daß die Deutschnationalen bei diesen Verhandlungen mit aller Deutlichkeit den Wunsch bekunden, nach dem Willkürtest der gegenwärtigen Reichsregierung den Kanzlerposten von sich aus zu begeben. Dagegen würde sie bereit, im Hinblick auf die von Dr. Stresemann seit Monaten und auch in London geführten außerparlamentarischen Verhandlungen den Außenministerposten auch weiterhin nur von den Deutschnationalen für den Kanzlerposten präferieren zu lassen, falls auch innerhalb der Fraktion der Deutschnationalen im Hinblick auf die kurze Zeit nur flüchtig erörtert werden. Man nimmt auch nicht an, daß die Frage schon jetzt in das Stadium der parlamentarischen Verhandlung treten wird. Vielmehr wird es sich nur um ein vorläufiges Einverständnis der bisher der Regierung angehörenden Parteien über den

Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung

und die Befreiung des Reichskanzlerpostens durch eine Deutschnationalen handeln. Die sogenannte Geheimklauselbestimmte im Reichstagsprogramm dürfte sofort nach Abschluß der anstehenden Verhandlungen zwischen den Parteien für den

Eine Erklärung der Reichsregierung

Deutscher Reichstag

Berlin, 29. August.

(Eigener Drahtbericht.)

Bei Beginn der Sitzung, 10 Uhr vormittags, wird auf Verlangen des Reichsanwalts (Komm.) ein kommunikativer Antrag auf Aufhebung des Verbotens des kommunikativen Reichstagsbeschlusses als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Der Antrag, wonach die Abgeordneten auch im Falle einer Reichstagsauflösung die Befreiung von der Veröffentlichung ihrer Äußerungen nach dem Reichstagsbeschlusse erhalten, wird in zweiter Beratung angenommen.

In der demnächst folgenden Fortsetzung der dritten Beratung der

Reichstagskanzler Marx

folgende Erklärung ab:

Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen sind von verschiedenen Parteien eine Anzahl von Anträgen und Entschließungen eingebracht worden. In den hierauf aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären: Die Anträge betreffen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete, das dem Reichsregierung in sich die Grundbedingungen, aus denen diese Verträge hervorgegangen sind, darzustellen zu lassen. Sie sind es nicht als die wichtigsten ihrer internationalen Verhandlungen über das Schicksal der besetzten Gebiete angesehen, mit der Annahme der darin festgesetzten Bestimmungen die

Befreiung von Wein und Ruzherbeizung führen.

Entlang dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Reichsregierung das Schicksal dieser Gebiete mit dem Reichstag in den nächsten Tagen abgemacht wird, als vergeblich ansehen müssen. Die Reichsregierung glaubt, daß dem Reichstag der Londoner Konferenz vertrauen zu haben, daß dieses Ziel schon vor dem Abschluß der in London vorgelegenen Maximalfrist von einem Jahr erreicht werden wird. Nebenfalls wird sie alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dies geschieht. Die Annahme der Londoner Verhandlungen wird die die Grundlage dafür geben, mit allen die

der Reichsregierung zum Abschluß gebracht werden, so daß dann mit der Entscheidung und

Annahmestimmung im Plenum

zu rechnen wäre. Immerhin muß auch noch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß die Deutschnationale Bewegung des Reichskanzlerpostens von den anderen Parteien als nicht tragbar bezeichnet wird.

Die letzte Stunde

Berlin, 29. August.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Was sich gestern als wahrscheinlich herausstellte, die kommende Vereinbarung mit den Deutschnationalen, verdichtete sich heute vormittag immer mehr. Es scheint, als ob die Regierung unter besonderer Mithilfe der Deutschen Volkspartei den deutschnationalen Forderungen Geltung verschaffen will, die in der deutschnationalen Erklärung im Reichstag erhoben werden.

Heute früh hat Reichsanwalt Dr. Marx ebenso wie gestern der Außenminister Dr. Stresemann in sehr verständlichen Tönen im Reichstag gesprochen. Man darf annehmen, daß heute noch neue Änderungsanträge zu den Entschlüssen dem Reichstag gehen werden, die zum großen Teil die gestellten deutschnationalen Änderungsanträge und Forderungen enthalten. Darüber hinaus muß man annehmen, daß auch in der Hauptfrage des

Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung ganz bindende Zusagen gemacht worden sind. Es war auch eine besondere deutschnationalen Forderung nach einer Zusage für die Durchführung des begonnenen Kampfes um das Ruhrgebiet.

Heute vormittag traten alle Fraktionen der Reichsregierung zu wichtigen Beratungen zusammen. Nach beendeter Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, legte sich Eggeling Vergrüßlich aus. So wie die Dinge jetzt liegen, nimmt man an, daß die entscheidende Abstimmung heute vorgenommen wird und zwar schon gegen 4 Uhr, fast wie erst vorausgesetzt, gegen 7 Uhr.

zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete schon erheischend vor dem Ablauf seiner Maximalfrist herab zu werden und daß in den betroffenen Gebieten eine lokale und gerade Abhebung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Solange dies nicht geschieht, ist die Befreiung begründet, daß die normale Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Scherpenheuvelsungsvertrages sichergestellt ist. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Ruhr und Rhein befähigen werden. Die von uns angeführte Befreiung normaler Beziehungen zu Frankreich und Belgien, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen beiden Nachbarländern erscheint nicht in dem von uns gewünschten Maße durchführbar, solange nicht die Währungs des Ruhr- und Grenzgebietes sichergestellt ist. Wir werden diese Geschäftskontakte bei den handelspolitischen Verhandlungen für uns maßgebend sein lassen.

Die Reichsregierung kann sich demnach auch den von den Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken angeschlossen. Sie kann ihnen insofern in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in die Form eines Suspensionsgedankens für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht wird. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß der Grundgedanke der Anträge in anderer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Der Endkampf

Dichter Nebel lag um das, was als das eigentlich wesentliche im hohen Maße am Königsplatz geschieht, um die Beratungen, die hinter verschlossenen Türen vor sich gehen und die sich nur stimmungsgemäß auswirken auf die Medien, die in aller Deutlichkeit vor dem Plenum gehalten werden. Doch etwas hinter den Kulissen geschieht, das ist ganz unabweisbar, trotzdem man ausgiebig darüber schwelgt. Die Verhandlungen sind auf eine festere Grundlage gekommen, seitdem sie nach Verständigung der deutschnationalen Forderungen sich um bestimmte, formulierte Punkte drehen.

Die deutschnationalen Forderungen, die am letzten Mittwochabend von der Fraktion beschlossen und am Donnerstag früh der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurden, bestehen in einer Entschleunigung und in einigen Änderungsanträgen für die vorliegenden Gesetze. Die Entschleunigung besagt, daß die Regierung dafür Sorge tragen solle, die im Zusammenhang vorgelegene Erklärung auf berringeren durch eine Überprüfung der Deutschen Reichsregierung in zwei Jahren und durch eine Festlegung der Grenze der künftigen deutschen Leistungen. Das Gutachten spricht bekanntlich nur von einer Herausgabe der deutschen Zahlungen, für die es einen feierlich-bündigen Maßstab festlegt. Es ist demgegenüber notwendig, und es ist eine Forderung lokaler Gegenseitigkeit, daß auch der umgekehrte Fall in Rechnung gezogen wird. Die Regierung wird nicht darum beruhen, daß diese jetzt von den Deutschnationalen erhobene Forderung eine Notwendigkeit im Interesse des deutschen Volkes ist, die nicht eine Parteiforderung, sondern eine allgemein gültige Forderung darstellt. In den Änderungsanträgen verlangen die Deutschnationalen, daß die Gutachtenfrage nur in Kraft treten, wenn das Gutachten Voraussetzungen erfüllt sind, daß alle über den Versailles Vertrag hinaus besetzten Gebiete spätestens am 10. Januar 1925 geräumt werden, daß die Durchführung des Londoner Abkommens unter einer wirksamen Reichskontrolle gestellt wird und daß künftige Gesetze nur in Kraft treten, wenn die deutsche Reichsregierung das in Versailles erreichte Erkenntnis von der deutschen Schuld am Krieg in aller Form widerlegt hat.

Betrachtet man die Dinge wie sie sind, dann muß man feststellen, daß die meisten dieser deutschnationalen Forderungen in etwas weniger scharfer Form auch in den Entschlüssen enthalten sind, die die Deutsche Volkspartei oder das Zentrum eingebracht haben. Und der unvoreingenommene Beobachter wird sich sagen müssen, daß der vielbesprochene Brückenbau zwischen den Koalitionsparteien und den Deutschnationalen möglich wäre, wenn es die Koalitionsparteien wirklich ernst gemeint haben mit ihren Entschlüssen. Ganz abgesehen davon, daß sie alle schon Worte nur inhaltlos abtraten, sondern, mit denen man sich im Kreise der Regierungsparteien über Geistesgegenwart bei der Annahme des Gutachtenentwurfes hinbegreifen wollte. Was die Deutschnationalen kategorisch fordern, und wozu sie ihre Zustimmung zu den Gutachtenentwürfen abhängig machen, das haben in Punktform die anderen Parteien auch ausgedrückt.

Der Reichsaussenminister Stresemann hat in seiner Donnerstag-Nachmittag-Bemerkung die Zurückhaltung geübt, indem er sich ganz auf die Deutlichkeit beschränkte und der großen Oppositionspartei überließ, zu erörtern, was anzunehmen, weil später ja alles noch zu werden würde. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Haltung des Außenministers bei der dritten und entscheidenden Sitzung über die Gutachtenfrage als den Versuch ansieht, noch eine Brücke zu schlagen. Es spricht ja auch wohl dafür, daß es nicht um Reichstagsauflösung in diesem Ausmaß und aus diesem Anlaß kommt. Die Konfliktlösung, die sich bei dem Beschlusse ergeben würde, freilich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ins feindliche Lager und macht zu eine spätere Zusammenarbeit dieser beiden Fraktionen fast unmöglich. Es scheint doch aber so zu sein, daß die Volkspartei und die Deutschnationalen dazu berufen sind, einmal die Basis einer ausgebrochenen Reichsregierung abzugeben. Ganz abgesehen von allen parteiaktiven Gründen ist die Schaffung eines Einmündens zwischen diesen beiden Parteien eine nationale Notwendigkeit.

Aber man darf die ihm eigenen Bedenken nicht übersehen. Die letzten Beobachter, der parlamentarischen Vorgänge der letzten Woche aufzufassen, wenn er die Möglichkeit einer Vereinbarung im letzten Augenblick wahrnimmt. Es ist unklar, was aufschaut bei der dritten Sitzung der

Die Erzbergermörder-Affäre

Ahndrecht oder Auslieferung?

Man schreibt uns von unternetzter Seite aus Kreisen der politischen Folie:

Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß an dem Tage, da die Linien von Gledbach sich zum dritten Male lösten, nämlich am 28. August, die beiden Mörder des Reichstagspräsidenten in Ungarn festgesetzt, wenn auch noch nicht für die deutsche Justiz „greifbar“ gemacht wurden.

Schulz und Tillefen hatten sich bekanntlich nach dem Attentat in München aufgehalten und höchstens fichtlich nach Ungarn. Der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Helldorf, bekam Anfang dieses Jahres Wind von dem Aufenthaltsort der beiden und meldete es den deutschen Behörden. Sofort richtete der Oberreichsanwalt auf Grund des bestehenden Verfallschlags an den Reichsanwalt in Budapest ein Schreiben, bei dem ungarischen Botschaft die Befehle der Mörder zu beantragen. Das geschah auf diplomatischem Wege. Aber nun wurde man in Budapest sehr komisch. Man wollte vernünftig. Erst Mitte August brachte das von dem ungarischen Abgeordneten Karl Rajkay herausgegebene radikalisches Budapest-Wochenblatt die Kunde, daß die Erzbergermörder Schulz und Tillefen sich auf dem Gute des rechtsabstehenden Abgeordneten Julius Gombos in Nagy Tezsen bei Budapest befinden. Die ungarische Polizei soll dies wohl gemerkt haben, machte aber keine Anstalten zur Verhaftung. Ein Journalist, der Berichterstatter bei oben genanntem Blatte, brachte die Sache ins Rollen. Er bezog sich nach Nagy Tezsen und stellte an Hand alter Photographien fest, daß die beiden „Schwaben“ (Deutschen) die gestrigen Attentäter sind.

Was weitere ist aus den Telegrammen der letzten Woche der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Tillefen, der sich Schneider nannte, floh. Heinrich Schulz, der den Namen Heinrich Förster angenommen hatte, wurde von der ungarischen Polizei festgenommen und vom Reichsanwalt nach Budapest mit dem Auftrag, dem Reichsanwalt in Wien den Namen des unternehmerischen Unternehmers zu ermitteln. Graf Helldorf, der dem Reichsanwalt in Wien den Namen des unternehmerischen Unternehmers zu ermitteln, verlangte beim ungarischen Außenminister gleich die Auslieferung von Schulz und Tillefen, sowie die Zurücknahme des schuldigen Heinrich Schneiders, eines Heinrich Tillefen und sogar des Reichstagspräsidenten. Die deutsche Regierung (übrigens auch in anderen diplomatischen Angelegenheiten) nach Berlin, wo er bereits eingetroffen ist. Der Stellvertreter des Oberreichsanwalts in Budapest, Wolany, wurde von den Angehörigen der deutschen Gesandtschaft verhaftet und hat daraufhin noch für drei weitere Verhaftungen in Wien, aber Schulz die Auslieferung nicht verweigert und hat die beiden in den ungarischen Senat der Kurie (höchsten Gericht) abgegeben. Der Senat hat innerhalb sechs

Wochen über die Auslieferung zu beschließen und den Befehl dem Justizminister zu unterbreiten.

Kommt es nun zur Auslieferung des Schulz oder, wenn Tillefen noch ergriffen wird, beider? Die beiden Mörder haben, wenn man sie als politische Verbrecher betrachtet, ein Ahndrecht nach den in der ganzen Welt, auch in Ungarn, bestehenden Auslieferungsgesetzen. Die Erzbergermörder werden aber einem gemeinen Verbrechens bestraft, das nur in gewisser Beziehung zu politischen Verbrechen gründen ließe. Eine solche Auslieferungfrage kann nur auf Grund der Gegenseitigkeit gelöst werden. Die ungarische Regierung hat im Jahre 1922 bei der deutschen Regierung um Auslieferung der Mörder des Grafen Zisa, Oberst und Reichs-Lieutenant, erklart. Die deutsche Regierung weigerte sich, weil die Ermordung des Grafen Zisa in einem Zusammenhang mit dem Reichstag stand, die betreffende Staatsangehörigkeit, weil es sich also um einen rein politischen Mord handelte.

Am Falle der Erzbergermörder hat die ungarische Regierung bisher der Ansicht der deutschen Regierung, daß ein gemeiner Mord im Sinne des Auslieferungsgesetzes vorliegt, nicht angeschlossen und die Auslieferung von dem gegenseitigen Abkommen abhängig gemacht, daß künftig in jedem Falle, also auch im Falle politischer Straftaten auszuliefern sei. Darauf ging man in Berlin nicht ein. Hieran ist die deutsche Regierung, daß die außerhalb eines offenen Kampfes betriebene Verfolgung von allen Umständen dem Willkür entgegen wirken sollte. Die deutsche Regierung aber bisher, auf diesen Vorbehalt eingegangen, weil sie dem Kommando der deutschen Auslieferungsgesetz nicht entgegensteht. (Der Entwurf dieses Gesetzes liegt unteres Wissen noch in Vorbereitung in den Ministerien.) Aber die Auffassung der Erzbergermörder macht es notwendig, daß die Entscheidung fällt und ein Abkommen mit Ungarn getroffen wird.

Paris, 28. August.

Die kommunalistische Korrespondenzagentur teilt mit, daß die Erzbergermörder im Kaiserlichen Gefängnis einige Tage eingeschlossen sind, als sie, aus Deutschland flüchtend, die Festungsbatterien durchquerten. Sie wurden jedoch zu unvorsichtlich beaufschlagt, daß sie während eines Spazierganges im Gefängnis ohne Mühe fliehen konnten. Die Kommunisten werden in dieser Angelegenheit eine Interpellation einbringen.

Subjekt, 29. August.

Der „Vester Land“ hat erfahren haben, daß in der nächsten Woche der deutsche Gesandte nach seiner Rückkehr nach Budapest der ungarischen Regierung eine neue Note in Angelegenheit der Erzbergermörder unterbreiten wird.

Keine Räumung Dortmunds

London, 29. August.

Der Times-Korrespondent in Paris glaubt mitteilen zu können, daß die französische Regierung die militärische und wirtschaftliche Räumung der Stadt Dortmund in wenigen Tagen nach der Veröffentlichung der deutschen Erklärung über die Annahme des Dawes-Vertrages vornehmen wird, die zur Rückführung der Truppen aus dem übrigen Teile des Dortmunds beizugehen von den Vorarbeiten in der wirtschaftlichen Räumung abhängig, wie es in dem Brief von Herr Dr. Theodor Dreyer an Dr. Marx nach der Londoner Konferenz ausgedrückt worden ist. Es sei unannehmlich, daß ein Räumungsplan veröffentlicht werden würde, bevor die Reichstagsentscheidung gefallen ist.

Eine offizielle belgische Erklärung

Brüssel, 29. August.

Die Regierung verleiht in einer offiziellen Erklärung, daß die Parlamentarische Kommission ohne eine Debatte über die Londoner Beschlüsse geschlossen worden ist. In dieser Erklärung heißt es u. a.: Das Parlament hatte während der Londoner Konferenz die mündliche Auffassung vertreten, daß kein Grund vorliegt, die Kammer einzuberufen, wenn die Konferenz Erfolg hätte.

Die belgische Delegation für Berlin

Paris, 29. August.

Die Delegation, die mit der Behauptung eines militärischen Abbaus übereinstimmt mit Deutschland beauftragt ist, wird am 13. September nach Berlin abreisen. Sie schon gemeldet, werden die Verhandlungen auf belgischer Seite von dem belgischen Gesandten Graf de la Halle geführt werden. Die Delegation führt der Direktor der wirtschaftlichen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen an. Sie werden bestimmt ferner vier Sachverständige mitbringen, die die Interessen der belgischen Industrie und Handelsverträge, sowie des Großhandelsverkehrs vertreten werden. Der industrielle Zentralausschuss wird durch Herrn Gustav Leo Gerard vertreten sein.

Die französische Anerkennung Rußlands

Brüssel, 29. August.

Der deutsche Botschafter von Kelle ist gestern dem Direktor des Auswärtigen Amtes in Belgrad empfangen worden. Die Unterhaltung bezog sich auf die bevorstehenden belgisch-deutschen Handelsverhandlungen.

Dr. Schacht bei Mussolini

Paris, 29. August.

Robio meldet aus Rom, daß Reichsfinanzminister Dr. Schacht gestern nachmittag von Mussolini empfangen wurde. Der Unterhaltung mochte der deutsche Geschäftsinhaber bei.

setzen 14 Tage, als daß man wirklich glauben könnte, es komme noch zu dem Kompromiß, zu dem Einsetzen der Konstitutionspartei auf die demissionarischen Funktionen. Aber dem auch sei, die demissionarischen haben sich einträglich die Linie ihrer Politik durchgesprochen und sie können nicht nur sich sondern auch ihrer internationale Aufgabe haben, wenn sie von dieser Linie abwidern.

Deutscher Reichstag

(Vorlesung.)

Weitere Anträge der Partei beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Listen des Sachverständigen-Ausschusses die deutsche Leistungsfähigkeit überprüften. Sie möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Bestimmungen des Antrages der Deutschen Reichspartei hinweisen, wonach sowohl der Verleiher der Mittel als auch der Sachverständigen-Ausschuss unter besonderer Vereinbarung der Reichsregierung austretende Mittel in die Hand geben, jeder Niederbrechung der Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten.

Die Reichsregierung wird, wenn tatsächlich eine solche Heberhebung durch den Sachverständigen-Ausschuss gemacht werden. Wie aber der Reichsminister der Auswärtigen bereits gefahren dargelegt hat, glaubt die Reichsregierung nicht, daß es zweckmäßig wäre, sich in dieser Beziehung von vornherein auf bestimmte Fristen festzulegen. Schließlich liegt nur ein Antrag vor, der die Befreiung einer Einzahlung für die deutschen Gesamtleistungen fordert. Das Sachverständigen-Ausschuss selbst wird in seinen Schlußfolgerungen darauf hin, daß seine Annahme die Grundlage für ein einträgliches und umfassendes Abkommen über alle Reparations- und verwandten Fragen bilden würde. Die Reichsregierung wird wegen einer solchen einträglichem Regelung zu gegebener Zeit mit den Ministern in Verhandlungen treten.

Hg. Koenen (Komm.)

Delamair, die Staatsangelegenheit und rückt Angriffe besonders gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer zunehmenden Haltung. Als Lohn werde die Sozialdemokratie jetzt den verdienten Fußtritt erhalten. Der in den letzten Tagen durchgeführte Austausch habe sich dem Erfolg geholt, daß in kurzer Zeit der demissionarische Senat wiederkommen wird. Die Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung entfernt und sonstige sozialdemokratische Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Beamten dabeinbezogen werden.

(Die Sitzung dauert an.)

Nationalsozialistisches Mißtrauensvotum gegen Wallraf

Berlin, 29. August.

Die Nationalsozialistische Freiheitspartei hat an den Reichstagspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem sie die Verweigerung der Verhängung eines Ordnungsrufes gegen den Abgeordneten von Graefe anlässlich der letzten Zusammenkunft der Reichstagspartei, der Reichstagspartei, die Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung entfernt und sonstige sozialdemokratische Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Beamten dabeinbezogen werden.

Die englische Presse zur Reichstagsdebatte

London, 29. August.

Die englische Reichstagsdebatte wird in den Morgenblättern mit offensichtlicher Verwunderung des Interesses wiedergegeben. Die „Times“ bemerkt, daß die Wähler der Opposition in sehr viel milderer Tone gesprochen hätten, als bisher und erwartet von dem Zusammenkommen mit den Mitgliedern der Regierung und der demissionarischen Partei eine Regelung auf der mittleren Linie. Redaktionell beschäftigen die Blätter mit der Frage nicht. Die über die Zusammenkunft der deutschen Oppositionsmitglieder werden von dem Times-Korrespondenten in Bezug auf die Unterzeichnung der über die Reichstagsdebatte. Sie wären ebenso wie die Beschlüsse der Deutschen Reichspartei nichts als formlose Suggestionen. Er betrachtet sie vielmehr als eine weitere Chance in der Weise, welche von der Reichspartei vorgezogen würde. Er meint allerdings, daß die Unterzeichnung einer Reichstagsdebatte kein unannehmliches wäre, da sich der gegenwärtige Reichstag zur Erledigung der ihm obliegenden Aufgaben als unfähig erweisen habe.

Die Unterzeichnung in London

Paris, 29. August.

Kreier erzählt, daß nach den jetzt getroffenen Anordnungen das Londoner Abkommen unterzeichnet werden wird. Es Robert Grewe, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, wird im Namen der englischen Regierung unterzeichnen. Die Ministerien und Deutschen werden durch ihre Botschafter und Gesandten vertreten sein.

London, 29. August.

Nach Neuigkeiten eines bevorstehenden Volltrages wäre mit der Unterzeichnung des Abkommens durch den deutschen Botschafter der Vertrag noch lange nicht angenommen, da man nicht wissen könnte, was die nächste deutsche Regierung tun werde. Es wäre nicht unannehmlich, wie eine Annahme durch den Reichstag. Die Unterzeichnung des Vertrages wird am Sonnabend durch den Botschafter und Minister der Länder im Auswärtigen Amt im Zimmer Macdonalds geschehen. Auch der deutsche Botschafter ist bereits angewiesen worden, die Unterzeichnung zu leisten. Die Unterstaatssekretäre im Auswärtigen Amt, Grewe, wird für England unterschreiben. Letzt der Minister die Annahme ab, so tritt der Vertrag erst in Aktion, wenn der nächste Reichstag den Vertrag ratifiziert hat. Es wird angenommen, daß sofort nach der Unterzeichnung am Sonnabend die Frage der englischen Befreiung am Rhein noch einmal aufgeworfen wird. Entgegen den Berichten aus Köln hat das Kriegsministerium dem General in Köln noch keinerlei Weisungen erteilt.

Die „Daily Mail“ erklärt, daß die Unterzeichnung des Londoner Abkommens durch den Reichstag ohne Zustimmung des Reichstags keine rechtliche Wert habe.

Die deutsche Regierung wolle ihre Unterfertigung nur zur Aufbringung der 800-Millionen-Anleihe benutzen. In der Göttinger Londoner Zeitung wird es in der Göttinger Zeitung mitgeteilt, daß die britischen Banken erhaltenen Darlehen von ihren Banken, daß sie für die Anleihe keinen Pfennig leisten können, weil sie sonst ihre Guthaben zurückzahlen würden. „Daily Mail“ behauptet ferner, daß das zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Abkommen keine rechtliche Wert habe, in dem es heißt, daß die Unterzeichnung des Abkommens durch den Reichstag keine rechtliche Wert habe.

Kann der Reichspräsident unterzeichnen?

Die deutsche Reichsregierung beschließt, den Artikel 45 der Reichsverfassung dahin auslegen, daß der Reichspräsident befugt sei, das Londoner Abkommen über das

Dawes-Abkommen zu unterzeichnen. Was besagt Artikel 45 der Reichsverfassung?

Man muß zunächst zwei Sätzen des Artikels unterstreichen. Der eine sagt: „Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich.“ Er schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Der andere sagt: „Die Reichspräsident vertritt das Reich in Staaten, die sich mit Gegenständen der Reichsgesetzgebung beschäftigen.“

bedeutet die Zustimmung des Reichstags.

Man und deutlich liegt es hier schwarz auf weiß, wie die Sache rechtlich liegt. Und da hat die Reichsregierung die Stirn, zu behaupten, aus diesem Artikel 45 ließe sich ein Recht des Reichspräsidenten ableiten, im Einverständnis mit der Reichsregierung das Dawes-Abkommen unterzeichnen zu können. Sie sieht die Sache denn doch nicht aus, sondern die Regierung vertritt das Volk plump zu täuschen, indem sie nur auf den ersten Satz Gewicht legt. Wie, die wir anderer Meinung sind, legen aber gerade auf den zweiten Satz Gewicht, nach dem die Zustimmung des Reichstags notwendig ist. Man brauchen wir denn andersfalls überhaupt noch die förmliche Zustimmung eines Reichstages? Und warum haben denn Herr Marx und Herr Stresemann nach ihrer Rückkehr aus London die Reichstagsmitglieder eingeladen, die erforderte Zustimmung des Reichstages zu bekommen, wenn diese ihrer Ansicht nach nicht nötig ist? Eine beträglich Antienziffer ist nicht nötig geworden.

Die Angst vor der Kriegsschuldsfrage pessimismus in Paris.

Paris, 29. August.

Mit großer Spannung erwartete man hier das Ergebnis der heutigen Reichstagsung in Berlin. Die bis jetzt bekannten Resultate haben eine äußerst pessimistische Stimmung geschaffen. Man glaubt noch immer an die Erfüllung des Reichstages. Die heute abend hier bekanntgewordenen Fortschritte haben die Stimmung in Paris nicht weniger als in Berlin unannehmbar, da außer der Revision des Dawesplanes und einer Verklärung der Aufhebung der Frage der Kriegserantwortlichkeit aufgeworfen wird.

Ein offener Brief über die ungeräumte englische Politik

Paris, 29. August.

Stephan Bourne richtet im „Matin“ an einen der englischen Friedensanhänger, um ihm einen offenen Brief in dem er auf Ungeheimnisse der englischen Politik hinweist. In diesem Brief heißt es u. a.: Das Londoner Abkommen wurde Deutschland nicht aufgegeben, sondern ist von ihm freiwillig unterzeichnet worden. Die französisch-deutschen Unterhandlungen haben in ihrem Eifer sogar bezahlt, auch die Schwierigkeiten auf kommerziellen Gebiet wegzuwischen. Da haben sich Leute dazwischen gelegt, die Einwände erhoben und prozessiert. Diese Leute, mein oder Lord, waren Vertreter Großbritanniens. Und hier, meine Herren, stehen die Tatsachen, wie unsere Nachbarn in Deutschland behaupten. Wir mußten jedoch das Gegenteil erleben und feststellen, daß wir ihre wichtigsten Interessen gefährdeten. Schließlich begreifen wir alles nicht mehr. Wir wir auf Ihre Meinung für einen Zwangsbesuch unterzeichnet, erkennen sie für nicht an. Wenn wir, ihrem Rat folgend, ein freiwillig anerkanntes Abkommen treffen, so bezeugen sie es. Wenn wir einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland eröffnen, so sind sie darüber unannehmlich, wenn wir einen wirtschaftlichen Krieg mit Deutschland führen, so sind sie ebenfalls feindlich. Offen gesagt, wir sind in einem ungeräumten Begriffsbereich angefaßt, aber wir fürchten, daß uns ein Schritt abhandelt. Ich habe einen alten Bekannten, der mir seit fünf Jahren ununterbrochen jeden Tag wiederholt, daß England folgendes tun sollte:

1. daß Frankreich sich mit Deutschland verständige;
2. daß Frankreich Deutschland zu helfen aufhöre;
3. daß es Deutschland nicht länger wirtschaftlich bedroht, und
4. daß die beiden Länder sich nicht mehr feindselig einander gegenüberstellen.

Statt Karten
Helma Baer
Richard Moik
 Verlobte
 Frankfurt (Oder) Halle (Saale)
 Wittekindstr. 31
 Empfang: Sonntag, den 31. August

Mampes Gute Stube
 Inh.: Rob. Schmidt
Heute
 Wiedereröffnung

Restaurant „Broihan-Schenke“
 Himmendorfer-Beesen.
 Meine werten Gäste, Freunde und Bekannte lade ich
 hiermit zu der am **Sonntag, den 30. August**, stattfindenden
Einweihungsfeier mit Konzert und anschließ. Ball
 ergebenst ein.
 Küche und Keller bieten das Beste in bekannter Qualität.
 H. Röhm und Frau.
 N. B.: Sonntag, den 31. August, ab nachmittags 4 Uhr großer
 Eintritt frei.

Rakete
 Kleine Klausstraße 7
Sonabend, den 30. August
Ehren- und Abschiedsabend
Jonny Guldner
 Sonderprogramm
 Nach dem Kabarett Tanz.

DIE VORNEHME GASTSTÄTTE
MÜLLER'S HOTEL
 Jeden Sonntag ab 8 Uhr abends
 Der
vornehme Tanz!
 Etabliert, feine, Mein Wetzweg,
 Gute Zug- und
 Parkbahn-Verbindungen.
MERSEBURG
 (Auto-Garage).

Jagdwesten
Flauschwesten
Sportwesten
Walkjacken
Strickjacken
 empfehle
 in unübertroffener Auswahl
H. Schnee Nachfolger
 Halle a. S., Gr. Steinstraße 54.
 Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Nähmaschinen
 auf Wunsch Teilzahlung.
Karl Möller, Schmeer-
 straße 1.

Die Ortsgruppe Halle des Vereins für Deutsche Schäferhunde
 veranstaltet
 am **Sonntag, den 31. August**
 auf der **Pferdebahn** eine
 öffentliche
Polizeihund-
Vorführung.
 Es werden, wie an den Plakaten
 ersichtlich, allerlei hochinteressante
 Arbeiten der Hunde gezeigt.
 Eintrittspreise: An der Kasse: Tribüne 1.00 M., Sattelplatz 1.00 M.,
 Am Vorverkauf: Tribüne 1.00 M., Sattelplatz 50 Pf.
 Vorführungen vormittags 8^{1/2}-12 Uhr, nachmittags von 2-5 Uhr.

Sonderangebot in Pelzen.
 Sie wissen, daß Pelzwaren im Winter stets teuer werden. Wir
 wissen, daß Sie bei hohen Preisen nicht kaufen können. Deshalb
 sollen Sie in uns Vor-Saison-Sonderangebot gute Qualitätsware
 zu unheimlich billigen Preisen kaufen. Wir geben auf unsere
 überall als unerreicht niedrig bekannten Preise außerdem noch
10% Rabatt.
 Jeder soll kaufen können, deshalb auf Wunsch trotzdem noch
 Zahlungsvereinfachung. Hier unsere herabgesetzten Preise:
 Hus 54,— Tasm. Opossum 39,— Zobelwally 24,—
 Nutria 55,— Stunks „ 35,— Silberwally 28,—
 Tibet 36,— Silber „ 94,— Seal el. 28,—
 Wolf 133,— Alaskafuchs . 21,— Am. Dachs 69,—
 Skunks 83,— Kreuzfuchs . 17,— Chin. Zobelzige 25,—
 Pähmi 33,— Zobelwally . . 68,— Chin. Skunkszige 15,—
 Kanin 2,— Silberfuchs . . 78,— Chin. Wolfszige 25,—
 Schakal 27,— Griesfuchs . 28,— Chin. Dogs 15,—
 Pelzput 15,— Jap. Seefuchs 88,— Herranzelkragen 8,—
 Am. Opossum 17,— Türk. Fuchs . 78,— Hermurmel 29,—
 Am. Opossum la 49,— Skunkswally 34,— Zobelwally 24,—
 Austr. „ 55,— Silber „ 34,— Stunksmurmel 22,—

Magazin zum Pfau,
 Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstraße am Markt.

Für Regenwetter
 empfiehlt
Mäntel u. Pellerine
 in
Gummi, Loden u. Gabardine
 für
 Herren, Damen, Knaben und Mädchen
G. Assmann,
 Gr. Ulrichstraße 49.

Güter u. Bachtungen
 in jed. Größe für abholungsfähige Güter
 u. Bächter zum sofortigen Abfuhr
 Angebote werden direkt behandelt.
Güterverkehrs-Gesellschaft m. b. H.
 Halle (Saale), Kronprinzenstraße 12.
 Fernruf Halle 3758.
 Unter Aufsicht der Landwirtschaftskammer
2 neuerbaute
Einfamilienhäuser
 in den Plänen in der Nähe des Bahnhofs
 sofort bestmögk. zu verkaufen. Näheres
Rost & Röhling, Bldg.
 Fernruf 1046, bei Amt Halle und Osten 18.
Landwirte! Aufsbesitzer
 Kaufe gegen Kasse
Zucker- u. Futterrübensamen, Senf, Raps,
Mohn, Kümmel, Leinsaat, Viktoria-Samen
 sowie sämtliche Desinfektionsmittel.
 Angebot mit Muster erbeten an
Albert Looser, Quendlin-
Samen-Export-Gesellschaft.
 Fernruf 602.

KÖLNER MESSE
 Der Großmarkt
 des Westens
HERBSTMESSE
 Vorauswaise für Einkäufer
 durch die Ortsvertretungen der Einzel-
 handelsverbände u. die Handelskammern.
14-19. Sept. 1924

Stadttheater
 Sonnabend 7 Uhr
Sauft.
 Sonntag 7^{1/2} Uhr
Othello

Thalia-Theater
 Sonntag 7^{1/2} Uhr
Das silberne
Kaninchen.

Heydrich-Konservatorium
 Anlässlich des 25jähr.
 Bestehens soll ein
Musikfest
 vom 15. September
 bis Ende Oktober mit
 6 Vorstellungen abge-
 halten werden.
 Alle früheren Lehrer,
 Schüler u. Interessenten,
 auch die Vaterländische
 Männergesang-Vereinigung,
 werden gebeten, bei den
 Aufführungen mitzuwirken.
 Meldungen mündlich od.
 schriftlich Götchenstr. 20,
 12-1, 3-4. Alles weitere
 wird durch Sonderanzei-
 gen gemeldet.

Weit herabgesetzte
 Preise für
Herrn-Artikel
Sandwichs
Strumpf- und Woll-
waren, Fauer-
wäcker.
G. Liebermann,
 Gr. Steinstraße 42.
 Ganze Namen oder Vor-
 namen läßt s. Bestellen u.
 25 Pf. oder unv. weichen (rot)
 Schrift auf weibl. Straße
H. Schnee Nachf.,
 Gr. Steinstr. 54.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhäusen.
 Ingenieur- und Verwalter-Ausbildung für
 allgemeine u. landwirtschaftl. Maschinenbau,
 Elektrotechnik, Flugtechnik u. Eisenbahnbau.

„Walmor“
teerfreie Dachpappe,
 für steile und flache Dächer,
 auch zum Ueberk. alter Papp-
 dächer, nebst farbig. Anstrich.
 Saubere Arbeit. Keine Teeranstriche.
Walter Moritz, Halle a. S.,
 Magdeburger Straße 10. Fernruf 1206.
Spezialartikel seit 25 Jahren.

v. Lohow's Bettliner-Bloggen
 (L. Abfaß)
 zur Zeit hat abzugeben
Frau Gutsobstler Schulze, Wienschen
 (Woll-Steifen).

Hösenträger
 für große Ställe
 H. Schneewackel, Gr. Steinstr. 54.
 Vorzügliche hand-
 schäftene
Wurftwaren
 fauft man gut und
 preiswert bei
Ed. Sorg,
 Kolonialwaren,
 Hermannstraße 7.
 Telefon 1678.

Zwei leichte
Dollblutstuten
 3- und 4jährig, braun, langhalsig,
 ebeltige Abkammung, von Bäckern in
 gute Hände zu verkaufen.
 Schütze, Schleierau bei Halle.

Zugochsen
 zum Verkauf.
Saugpferdegesellschaft für Viehverwertung
 e. G. m. b. H., Landwirtschaftl. Organisation
 Halle (Saale), Deltischer Straße 4,
 Fernruf 638.

Fr. Zwickert, Halle a. S.
 empfiehlt
 ab **Sonntag, den**
31. d. Mts., einen
 frischen Transport
 prima belgischer,
 schwedischer,
 dänischer und
 holsteiner
 Ausset-
 preiswert.
 Fernruf 2221.

Pferde
 Am **Dienstag,**
8.2. September
 stelle ich in den Ställen
 d. Herrn E. Rösen, Stums-
 dorf einen Transport
erstk. belg. Saugfohle
 darunter einige Stuten, zum Verkauf und bitte um gefl. Beförderung
Adolf Israels, Weener, Zucht- und Verkauf

Wer verteuert die landwirtschaftlichen Erzeugnisse?

Von Nis Petersen, Berlin.

Es ist sicher für die Erde selbst nicht von Vorteil, wenn...

Table with 2 columns: Year (1924) and Price/Value. Lists various agricultural products like flour, oil, and sugar.

Sehr richtig bemerkt das Weltblatt: „Die Verteilung ist die Sache...“

Es kommt noch hinzu, daß die Transportpreise für Düngemittel, Getreide, Kartoffeln und Vieh...

Der Viehverbrauch der deutschen Bevölkerung betrug 1913 pro Kopf 50 Kilo und sank in 1923 auf 38 Kilo...

Berliner Devisenkurse.

Table showing exchange rates for various currencies like Spanish, Japanese, and others.

Zuteilungskurse: Amsterdam voll, Buenos Aires voll, Brüssel voll...

Berliner Metallnotierungen.

Table listing prices for various metals like aluminum, zinc, and silver.

Berlin, 29. August. Die Steigerung der Roggenpreise führt sich am Nachmittage...

Table with columns for 'Getreide' and 'Metalle', listing prices for wheat, rye, and various metals.

Aufwertung des Reifpreises bei der Anbahnung

Die Kfz-Industrie „Daimler“, Automobil- und Fahrzeugwerke in Benz (Cadenburg), verkaufte am 7. Dezember 1921...

Goldmarkenverpflichtungen der 1. Januar 1924.

Die Verträge von 1923 wurden vorgetragen, das Grundkapital wurde auf 120 000 Goldmark zusammengelöst...

Waggen- und Roggenpreis 0,85-0,90, Kartoffel 0,60-0,70, Weizen 1,00-1,10.

Waggen- und Roggenpreis 0,85-0,90, Kartoffel 0,60-0,70, Weizen 1,00-1,10, Gerste 1,10-1,20...

Berlin, 29. August. Weizenmarkt.

Berlin, 29. August. Weizenmarkt. Die Weizenpreise sind heute wieder etwas gestiegen...

Magdeburger Börse vom 29. August

Table showing market prices for various goods like sugar, oil, and other commodities.

Landgericht Bremen und Oberlandesgericht Hamburg haben die Befugnisse...

Die Weinstetten der Weinstadtindustrie zur ober-sächsischen Eisenindustrie...

Entschieden Rohstoffeinfuhr über Algerien. Die empfangene Rohstoffeinfuhr...

Deutscher Markt. Markt: New York 28,875 G., 24 B.; London 18,925 (18,900); Amsterdam 0,615 (0,6175); Zürich 1,2725...

Deutsche Rohstoffeinfuhr über Algerien. Die empfangene Rohstoffeinfuhr...

Deutscher Markt. Markt: New York 28,875 G., 24 B.; London 18,925 (18,900); Amsterdam 0,615 (0,6175); Zürich 1,2725...

